

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen "Feierstunden" und "Unsere Heimat"



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage "Haus-, Garten- und Landwirtschaft"

Bezugspreise:

Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60
Einzelnummer 10 S

erscheint an jedem Werktag

Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold

Verwaltung, Druck u. Verlag von G. W. Saffner (Karl Saffner) Nagold

Anzeigenpreise:

Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Seite 50 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschaft Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postkassenkonto Stuttgart 5118

Nr. 99

Gegründet 1826

Freitag den 30. April 1926

Sprechstunde Nr. 29

100. Jahrgang

Tagespiegel

Die belgische Kammer hat mit 103 gegen 41 Stimmen das Gesetz angenommen, das die Militärdienstzeit auf 10 Monate herabsetzt.

Die lettische Regierung ist zurückgetreten, nachdem der Landtag den Haushaltsplan mit 49 gegen 45 Stimmen abgelehnt hatte.

Präsident Coolidge hat das für Italien sehr günstige Schuldenabkommen unterzeichnet.

Trotz des Washingtoner Vertrags, der den Verkauf von Landbooten untersagt, hat Frankreich an Rumänien acht Landboote verkauft. Die Rumänen behaupten, sie haben die Landboote auf französischen Werften in Auftrag gegeben.

Die marokkanischen Friedensverhandlungen werden in Paris als aussichtslos betrachtet. Abd el Krim hat seine Stellungen vor Tetuan verfestigt.

Die Franzosen geben ihre Verluste bei der Einnahme von Suéida auf 80 Tote und 270 Verwundete an, während die 6000 drussischen Verteidiger 1500 Mann verloren haben sollen.

Italiens Absichten in Albanien

Italien hat nach dem im Jahr 1920 erfolgten Abtransport seiner Truppen aus Albanien die Absicht, sich auf dem Balkan festzusetzen, nur vorübergehend aufgegeben. Die Balona vorgelagerte Felseninsel Saseno blieb in italienischem Besitz. Es ist aber von dort aus bis dahin kein neuer militärischer Vorstoß nach der albanischen Küste erfolgt. Nicht daß es dem faschistischen Italien dazu an Neigung fehlen würde. Die faschistische Politik ist sogar sehr scharf auf Albanien gerichtet. Aber Mussolini, der die heiklen außenpolitischen Seiten der Sache sehr wohl kennt, hat wohlweislich eine andere Taktik gewählt, um sich Albanien zu sichern. Unmerklich wird Albanien von Italien wirtschaftlich ausgefüllt. Die sehr geräuschlose Arbeit ist bereits so weit gediehen, daß eine wirtschaftliche Aufteilung Albaniens unter Italien, Südserbien und Griechenland nicht mehr erörtert zu werden braucht. Italien hat sich bei der Finanzierung der albanischen Nationalbank den Vorrang gesichert und auch bei der Verteilung der Erdölausbeutung seine Ansprüche durchgesetzt. Man hört in den letzten Monaten auffallend wenig über die innerpolitische Lage Albaniens, was als ein für Italien günstiges Zeichen betrachtet wird. Die italienischen Agenten tun eifrig und anscheinend erfolgreich ihre Pflicht. Durch innerpolitische Veränderungen in Albanien wird das verwandtschaftliche Verhältnis zu Italien bereits nicht mehr berührt.

Im übrigen ist es bei den unentwickeltesten Verkehrsbeziehungen und den wenigen Fäden, die vom italienischen Festland nach Albanien hinüberreichen, nicht leicht, über die Fortschritte der italienischen Arbeit etwas zu erfahren. Gewisse Gründe scheinen auch dagegen zu sprechen, die Erfolge der italienischen Werber an die große Glocke zu hängen. Daß aber mit großen Mitteln gearbeitet wird, geht aus einem Heben im italienischen Amtsblatt veröffentlichten Dekret über eine italienische Obligationenleihe zur Durchführung öffentlicher Arbeiten in Albanien hervor. Die italienische Regierung erteilt der "Società per lo sviluppo economico dell'Albania" die Erlaubnis, für 70,5 Millionen Goldfranken Schuldverschreibungen auszugeben. Diese Anleihe wird von allen gegenwärtigen und zukünftigen Abgaben, auch von der Umsatzsteuer, befreit und die Titel werden kostenlos an den italienischen Börsen notiert.

Aus dem Dekret geht nicht hervor, welche Banken, Finanzleute und Industrielle in der genannten Gesellschaft beteiligt sind. Es ist auch nebensächlich, dies zu wissen, denn die Gesellschaft spielt ja nur die Rolle des Schwalters der italienischen Regierung zwischen dem aufzunehmenden Kapital und der albanischen Regierung, der es zuzuführen soll. Sie besitzt alle Merkmale einer Finanzierungs-gesellschaft, mit deren Hilfe die italienische Regierung Albanien eine politische Anleihe gewährt. Bei dem engen Zusammenwirken zwischen Regierung und Hochfinanz ist es im faschistischen Italien sehr leicht geworden, solche Kunststücke zu vollbringen.

Deutscher Reichstag.

Die Fürstenabfindung

Berlin, 29. April. 190. Sitzung. Schluß. Abg. Graf Westarp: Wie denn die Linde dazu komme, dem Kaiser den Lebertritt nach Holland zum Vorwurf zu machen! Sie selber habe doch, berauscht durch die Aufforderung Wilsons zur Abschaffung der Monarchie, durch alle ihre Vertreter dem Kaiser dringend raten lassen, nach Holland zu gehen. Der damalige Vizekanzler Prinz Max von Baden habe, um die Abreise des Kaisers zu beschleunigen, am 9. November 1918 bewußt wahrheitswidrig die Nachricht von der angeblichen Abdankung des Kaisers verbreitet.

Abg. Frhr. von Rittshofen (Dem.) bedauert den Zwiespalt des Reichstags in dieser wichtigen Frage. Die Nationalversammlung in Weimar nicht vorausgesetzt, daß im Reichstag einst große Parteien für die Verdienste der Fürstenhäuser eintreten würden. Die Demokratische Partei erkenne die Verdienste mancher Fürsten an. Es habe

Keine Kolonie für Deutschland

Demokratie und Zentrum nähern sich dem sozialistischen Enteignungsantrag Gemeindefestimmungsrecht abgelehnt

London, 29. April. Auf eine bejorgte schriftliche Anfrage aus englischen Geschäftskreisen, die an der Ausbeutung der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika beteiligt sind, gab Chamberlain nach dem „Daily Herald“ die beruhigende Antwort, die britische Regierung beabsichtige nicht, in bezug auf das Tanganyikagebiet ihre bisherige Politik zu ändern. — Das heißt, Deutschlands Hoffnung, diese Kolonie zurückzuerhalten, wird vergeblich sein. Aber gerade Chamberlain war es, der diese Locarno-Hoffnung durch allerdings sehr allgemeine Redewendungen in Berlin erweckte.

Abbruch russisch-finnischer Verhandlungen

Kopenhagen, 26. April. „Berlingste Tidende“ meldet, daß die finnische Regierung das russische Außenkommissariat davon unterrichtet habe, sie sehe sich infolge der gegenwärtigen politischen Lage genötigt, vorläufig die Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitsvertrags zwischen Finnland und der Räteregierung abzubrechen. Sie wünsche nur dann eine Wiederaufnahme der Verhandlungen, wenn die Lage im Baltikum sich geändert habe. Die Moskauer Regierung führt diese Haltung Finnlands auf einen starken politischen Druck Englands zurück, das in allen skandinavischen Ländern seinen Einfluß gegen Rußland durchsetzt.

Neue Vorschläge und Anträge zur Fürstenabfindung

Berlin, 29. April. Nachdem der Rechtsausschuß des Reichstags nach 36 langen Sitzungen die Verhandlungen über den Kompromißantrag als aussichtslos abgebrochen hatte, traten die Vertreter der Regierungsparteien nochmals zusammen. Ein Fortschritt wurde nicht erzielt. Demokratie und Zentrum suchten durch weitere Annäherung an den sozialistischen Enteignungsantrag eine Mehrheit für diesen Antrag zustande zu bringen, nachdem er etwas abgemildert worden ist. So schlug das Zentrum vor, daß der Sondergerichtshof, der über nicht erledigte Auseinandersetzungen mit den Fürsten zu entscheiden hat, in der Mehrheit aus nichtberufsmäßigen Richtern, d. h. aus Parteipolitikern zusammengesetzt sein soll. Als Privat-

vermögen eines Fürsten solle nur das gelten, was nachweislich auf Grund eines privatrechtlichen Titels mit Ausnahme der Erbschaft erworben wurde.

Die Demokraten brachten den Antrag ein, daß die Einzelstaaten den früheren Fürstenthümern aus deren enteigneten Vermögensmasse geistlich eine Absicherung gewähren sollen, die ihnen eine angemessene Lebenshaltung ermögliche. Dieser Antrag ist vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei nicht mitunterzeichnet worden; letztere erklärte sich dagegen, da er ein unwürdiges Almosen bedeute.

Abänderung der Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 29. April. Das Reichskabinett hat das Reichsarbeitsministerium beauftragt, das am 1. Mai ablaufende Erwerbslosengesetz in dem Sinn umzuarbeiten, daß die Auszahlung der Unterstufungen künftig nach Lohnklassen erfolgt. Das jetzige Gesetz soll bis 23. Mai in Geltung bleiben. Die Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge soll auf 2 Monate verlängert werden.

Das Gemeindefestimmungsrecht vom Reichstagsausschuß abgelehnt

Berlin, 29. April. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat die Aufnahme des Gemeindefestimmungsrechts in den Entwurf des Schankstättengesetzes mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde eine Prüfung der Mißstände im Erteilen der Schankeraubnis und die schnelle Vorlegung eines Schutzgesetzes gegen den Alkoholismus verlangt.

Untersuchung gegen Finanzminister Reinhold

Dresden, 29. April. Die deutschnationale Landtagsfraktion und der rechtssozialistische Abg. Schmitz haben im sächsischen Landtag den genügend unterstützten Antrag eingebracht, durch einen Untersuchungsausschuß die vom Finanzminister und jetzigen Reichsfinanzminister Reinhold 1925 erteilten Aufträge für Lieferung und Ausführung von Kleinpflastern nachprüfen zu lassen.

unter ihnen aber auch „solche und solche“ gegeben. Die Fürstendynastien können nicht von der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausgeschlossen werden, wo so viele ihr Vermögen verloren haben. Das Enteignungsgesetz enthalte große Ungerechtigkeiten. Es bestehe beispielsweise keine Veranlassung, den durchaus volksfreundlichen Prinzen Max von Baden zu enteignen. Leider sei das Kompromiß an dem Widerstand der großen Fraktionen (Deutschnationale und Sozialdemokraten) gescheitert.

Reichsinnenminister Dr. Kütz erklärt, die Reichsregierung habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie mit dem Enteignungsgesetz nicht einverstanden sei. Auch die sozialistische Regierung nach der Revolution haben sich immer gegen entschädigungslose Enteignung ausgesprochen. Die Revolution habe die Auseinandersetzung mit den Fürstendynastien. Die zu weit gehenden Ansprüche der Fürstendynastien haben jetzt die Frage neu aufgerollt. Die Kommunisten verfolgen mit dem Volksentscheid politische Nebenziele, die die Regierung unmöglich billigen könne. In der kommunistischen Presse ist zugegeben worden, daß der Volksentscheid benötigt werden soll, um den Sturz der Regierung und die Auflösung des Reichstags zu erreichen und zum Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer. (Hört, hört, bei den Sozialdemokraten).

Abg. Schulte (Z.) verliest eine Erklärung der Zentrumsfraktion gegen das Enteignungsgesetz. Dieses Gesetz wäre nicht nur ein schwerer Eingriff in das formale Recht, sondern auch eine Durchkreuzung des christlichen Grundgesetzes vom Schutz des Eigentums. Die in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über die Verwendung des enteigneten Fürstendynastienvermögens für die Kriegs- und Inflationsopfer sind geeignet, die Begehrlichkeit der breiten Massen durch trügerische Hoffnungen zu steigern. (Wärm links). Diese Hoffnungen würden niemals zur Vinderung der Not diese Hoffnungen würden irig sein, denn die aus der Enteignung stammenden Mittel würden niemals zur Vinderung der Not dieser Volkstriebe ausreichen. Das Zentrum erstrebt eine Lösung, die den Grundfragen des Rechts, aber auch den veränderten staatlichen Verhältnissen und der Berarmung des Volks Rechnung trage.

Die Abgeordneten Hampe (Wirtschaftl. Vereinigung) und Dr. Pflüger (Bayr. Volkspartei) verlesen Erklärungen ihrer Fraktionen, die gleichfalls die Ablehnung des Enteignungsgesetzes fordern.

Abg. Dr. Fried (Völkisch) wendet sich gleichfalls gegen die Enteignungsvorlage und bezeichnet das Volksbegehren in diesem Fall als verfassungswidrig. Dagegen sei der Volksentscheid über die Aufwertungsfragen nach der Verfassung zulässig. Der Redner fordert Enteignung der Fürstendynastien.

zunächst die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über die Beratung des Zweikampfes.

Darnach kann neben einer wegen Duellverwehrens erkannten Strafe auf Verlust der bestehenden öffentlichen Ämter und bei Soldaten auf die Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. In besonders schweren Fällen muß hierauf erkannt werden.

Abg. Dr. Barth (Dntl.) empfiehlt im Namen des Rechtsausschusses, der der Vorlage mit 10 gegen 8 Stimmen zugestimmt hat, unveränderte Annahme.

Abg. Graf von Merveldt (Dntl.) erklärt, daß seine Freunde dem Gesetzentwurf zustimmen werden, weil er eine wesentliche Verbesserung darstelle gegenüber dem ursprünglichen Reichstagsbeschluss zum Militärstrafrecht.

Abg. von Guérard (Z.) erklärt, das Zentrum halte an dem Standpunkt fest, daß der Zweikampf im schärfsten Gegensatz stehe zu den Grundfragen der christlichen Moral und der Rechtspflege.

Abg. von Ramin (Völk.) lehnt die Vorlage ab. Der Gesetzentwurf wurde dann in 2. und 3. Lesung gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkische, sowie einige Zentrumsmitglieder angenommen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Enteignung der Fürstendynastienvermögen wurde dann fortgesetzt.

Abg. Sängler (Soz.) richtete heftige Angriffe gegen die Gegner des Enteignungsgesetzes u. a. auch gegen Innenminister Kütz. Recht und Verfassung würden von Bayern mit Füßen getreten. Bayern habe an Deutschland einen Treubruch begangen. (Große Unruhe.) Die Zentrumsarbeiter würden nicht verstehen, wenn man einem Mann, der bei Nacht und Nebel geflohen sei, der sich ein Schloß für 3 Millionen kaufen konnte und noch 20 Diener und Dienerrinnen besitze, noch einige 100 000 Morgen und weitere Goldmengen nachwerfe. Mit den Grundfragen des Christentums lassen sich die Ansprüche der Fürsten nicht rechtfertigen. Der Kaiser habe keine Ansprüche zu stellen. Er sei gerichtet. (Beifall und Handklatschen links, Unruhe rechts.) Wenn es die Republik gelte, dann würden seine Freunde kämpfen wissen, anders, als die Vorhelden des Kaiserreichs. (Beifall und Handklatschen, Lachen rechts.)

Der Präsident gibt bekannt, daß der neue Kompromißantrag des Zentrums und der demokratische Antrag auf angemessene Abfindung der Fürsten eingegangen sind und daß Zentrum und Demokraten zugleich beantragen, beide Anträge dem Reichstagsausschuß zu überweisen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dntl.) legt Verwahrung ein gegen die Berungsimpfungen der Fürstendynastien, besonders der Hohenzollern. Ein Volk, das seine Vergangenheit nicht ehre, sei seiner Zukunft nicht wert. (Lebhafte

191. Sitzung. 29. April. Auf der Tagesordnung steht

Beifall rechts, Gelaichter links.) Der Antrag des Zentrums und der Demokraten sei unannehmbar.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Freitag 2 Uhr: Weiterberatung.

Württemberg

Stuttgart, 29. April. Die Verwaltungsvereinfachung in Württemberg. Die Südd. Ztg. nimmt zu der Frage der Vereinfachung der Bezirksverwaltung noch eine Stellung und weist darauf hin, daß diese Frage erst dadurch zu einer allgemeinen Angelegenheit geworden ist, daß die meisten Amtskörperschaften für die Aufgaben der Selbstverwaltung zu klein und damit zu teuer geworden sind. Nicht von den Oberamtsbezirken, sondern von den Amtskörperschaftsbezirken muß man deshalb ausgehen.

Vom Landtag. Im Finanzausschuß wurde bei Kap. 50, Landw. Fachschulen und Landwirtschaftliches Fortbildungswesen, die Schaffung von neuen Landwirtschaftsschulen gebilligt. Die neuen Schulen werden in Nagold, Heidenheim, Nürtingen und Leutkirch errichtet.

Die Verwertung des Staatsministeriumsgebäudes. Das Staatsministerium hat dem Landtag eine Denkschrift über die Errichtung eines Geschäftshauses an Stelle des leiherrigen Gebäudes des Staatsministeriums in der Königstraße zugewendet.

Berufung. An die Stelle des kürzlich verstorbenen Professors Paul Otto Mödel wurde der hervorragende Pianist Walter Rehberg, ein Sohn des Schweizer Komponisten Billy Rehberg, als Lehrer an die Musikhochschule Stuttgart berufen. Rehberg ist am 14. Mai 1900 geboren.

Im Sommerfahrplan der Reichsbahn sind eine Reihe Verbesserungen und Mehrungen im Zugverkehr vorgesehen, namentlich auch für den Sonntagsverkehr. Der neue Fahrplan tritt am 15. Mai in Kraft.

Sonntagsrückfahrkarten. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntagsrückfahrkarten jeweils am Montag bzw. am Samstag folgenden Tag nur Gültigkeit haben, wenn die Rückreise vor 9 Uhr vormittags angetreten wird.

Die Polizeistunde wurde in Groß-Stuttgart vom 1. Mai bis 15. Oktober auf 1 Uhr nachts verlängert.

Stuttgart, 29. April. Die gesetzliche Miete beträgt in Württemberg für Mai 1926 unverändert 100 v. H. der Friedensmiete.

Kirchhausen Oa. Heilbronn, 29. April. Keine Grabhändlung. Bei der Verbrennung des Grabhums des verst. Abg. Spröhle handelt es sich, wie nachträglich gemeldet wurde, nicht um eine Grabhändlung.

Schwaigern, 29. April. Einspruch gegen die Steuererzugszinsen. Der Gemeinderat hat beim Oberamt Brackenheim und beim Ministerium des Innern gegen Erhebung von Steuererzugszinsen von 7/8 v. H. (im Jahr 18 v. H.) durch die Oberamtspflege und die Staatshauptkasse Einspruch erhoben. Es wird gefordert, daß womöglich mit Wirkung vom 1. April ab der Bezugssatz allgemein für leistungschwache Landwirte und Weingärtner auf die Höhe des Zinsfußes für die Reichssteuern herabgesetzt wird.

Weinsberg, 29. April. Umbau. Das bisherige Oberamtsgebäude soll in ein Schulhaus umgebaut werden, doch dürfte die Beschaffung der Mittel Schwierigkeiten machen.

Ravensburg, 29. April. Eine Warnung vor dem tollen Kraftfahren. Der verheiratete Fritz Kiedaich, früher Leitmann, jetzt in Friedrichshafen wohnhaft, war im Juni 1925 die Rennstrecke bei Biberach probeweise abgefahren. Beim Bremsen kam der Wagen ins Schleudern, fuhr auf die Böschung, überschlug sich und begrub Kiedaich und seinen Beifahrer Fritz Vogel, wobei sich Vogel tödliche Verletzungen zuzug, während Kiedaich schwer verletzt wurde. Die Augen und Sachverständigen waren der

Evangelischer Landeskirchentag. ep. Stuttgart, 29. April. Der landeskirchliche Haushaltsplan, mit dessen Beratung der Landeskirchentag seit Dienstag beschäftigt ist, setzt nach den Anträgen des Wirtschaftsausschusses für das Jahr 1926 einen Bedarf von 10 742 506 M., für 1927 von 10 757 806 M. fest, an Deckungsmitteln für beide Jahre je 10 316 038 M. Die Abmängel von 426 468 M. im ersten und von 441 778 M. im zweiten Jahr sollen aus etwaigen Erübrigungen von 1925 und nötigenfalls aus dem Betriebskapital gedeckt werden.

Weinung, daß Kiedaich zu rasch fuhr. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Berücksichtigung mildernder Umstände wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 1000 M. und Tragung der Kosten. Der Gastwirt Heine aus Kappel, dessen Anwesen am vergangenen Samstag niederbrannte, ist unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden. Teilmang, 29. April. Von Hand zu Hand. Ein bewegtes Schicksal hat das hiesige Kaffee zum Löwen im letzten Jahre gehabt. Der Wirt Kiedaich verkaufte es im Mai 1925 für den hohen Preis von 50 000 M. an einen Landwirt Reich aus Danneisweiler, Oa. Ravensburg.

Aus Stadt und Land

Nagold, 30. April 1926. Als ich das Vaterland aus den Augen verloren hatte, fand ich es im Herzen wieder. Heine.

Dienstinrichten.

Der Herr Staatspräsident hat auf das Fortamt Freudenstadt Fortmeister Renner in Hirau, Alpirsbach Fortmeister Febr. v. Stein in Dietenheim, je ihrem Ansuchen entsprechend, auf das Fortamt Wülfersbach Fortmeister Bögele in Mönchsberg in seinem Einverständnis und auf die Oberförsterstelle Baiersbronnen den Oberförster Kempfer bei der Fortinspektorenstelle weiterverwiesen. Ferner die Oberförsterstelle Wölfsingen dem Fortassessor Lezker bei dem Fortamt Heusenbürg, Liebentell dem Fortassessor Moser beim Fortamt Ulm übertragen.

Vom Rathaus.

Gemeinderatsitzung vom 28. April 1926. Beratung des Hauptvoranschlags für den Stadthaushalt, im Rechnungsjahr 1. April 1926 bis 31. März 1927. (Fortsetzung und Schluß.) Der Hauptvoranschlag der Stadtpflege zeigt folgendes Bild: Vorauszuschicken ist, daß gefehlt. Vorschritt gemäß die Gemeindefinanzverwaltung in die folgenden drei Hauptabteilungen zu gliedern ist: I. Gemeindevermögen, II. Steuern und Abgaben, III. Gemeindeverwaltung. Der Ertrag des Gemeindevermögens ist: Mietzins aus städt. Gebäuden 17 000 M. (im Frieden 4000 M.), aus Feldgrundstücken Pachtzins samt Graserlöse 1700 M., aus Obstgärten 3000 M., der Ueberschuß des Stadtwalds 50 000 M., aus Fischerei 350 M., aus Schafweide, Pachtgeld und Pferchölz 1800 M., Zinsverträge aus ausgeliehenen Baudarlehen und aus Kaufpreisen 4000 M., die Einnahmen aus dem Dreifachmaschinenbetrieb 2500 M., zusammen I. 81 500 Mark. An Ausgaben sind vorgelesen für Gebäudeunterhaltung 9800 M., darunter einmaliger Beitrag zum kathol. Pfarr- und Gemeindehausbau 500 M., für eine neue Unterkunfthütte der Kleinkinderküche 1500 M. und für den Friedhof 1200 M., für die Regieunterhaltung von Wiesen und Weiden 1700 M., für die Erneuerung und Unterhaltung des städt. Inventars 1700 M., für die Verzinsung und Tilgung der städt. Schulden sind eingestellt 10 500 M. Der städt. Schuldenstand beläuft sich am 31. März 1926 auf 142 000 M., davon sind als Baudarlehen wieder ausgeliehen 45 000 M. Vorausgesetzt ist hierbei, daß für das städt. Rathaus und eine Anzahl Grunderwerbungen zur Arrondierung des Stadtwalds der nachgeschulte Ueberbied in Höhe von 50 000 M. von der Fortinspektorenstelle genehmigt wird, welcher Betrag restlos zur Deckung der Güterkaufpreise und für künftige Erwerbungen verwendet wird. An Ausgaben für den Dreifachmaschinenbetrieb sind vorgelesen 2000 M. Zusammen Aufwand auf das Gemeindevermögen 26 700 M. An Steuern und Abgaben sind zusammen eingestellt: 94 850 M. darunter Ueberweisungen des Staats an Einkommens- und Umsatzsteuer 67 000 M., an Wohnsteuer 3000 M., an Grunderverbes- und Wertzuwachssteuer 10 000 M., an Grundabgabe 4200 M., Anteil der Stadt an der Gebäudeentlastungssteuer 10 000 M. und Vergütungsteuer 500 M. Unter den Ausgaben an Steuern und Abgaben von zusammen 46 750 M. ist der Hauptposten die Amtskörperschaftsumlage mit 45 000 M. (im Vorjahr 40 000 M.). In der Gemeindeverwaltung betragen die allgemeinen Gebüh- ren und Vergütungen insgesamt 4400 M. Die Ausgaben für Beförderungen 41 000 M., die Pensions- und Arbeitervericherungsbeiträge 10 700 M., die Kanzleikosten, Heizung und Beleuchtung, Porto, Fernspreckgebühren usw. 9200 M., insgesamt Gemeindeverwaltung im Allgemeinen 61 500 M. Unter den Spezial-

gebieten beträgt der Zuschuß zum Armenwesen 10000 M., die Einnahmen und Ausgaben im Feuerlöschwesen balancieren sich mit 5000 M. Auf das Erziehungs- und Bildungswesen sind an Gebaltszuschüssen, sachlichen Aufwendungen für Inventar und Betrieb und für Heizung, Beleuchtung und Reinigung insgesamt 80 536 M. vorgehen. Darunter ist neu, städt. Anteil an einer neuen Hilfsschule an der Latein und Realschule mit 3000 M. Bekanntlich übernimmt der Staat an den Gehältern der Volksschullehrer 55%, an den Gehältern der Latein- und Realschullehrer 40%, an den Gehältern der Frauenarbeitschullehrerinnen 40% und an den Gehältern der Gewerbeschullehrer 50%. Die Einnahmen aus Schulgeldern betragen bei der Mittelschule 1050 M., bei der Gewerbeschule 4100 M., bei der Frauenarbeitschule 2700 M. und bei der Latein und Realschule 6800 M. mit dem Beitrag der Amtskörperschaft zur VI. Klasse der Latein- und Realschule mit 3000 M., zusammen 18010 M. Unter der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sind an Wasserzinsen eingestellt 12000 M., gegenüber 8000 M. im Vorjahr. Unter den Ausgaben ist derselbe Betrag eingestellt, mit dem die laufenden Ausgaben für die Wasserverorgungsanlage und die Eins- und Tilgungsrate für das Notstandsdarlehen für die Umgebungsleitung bestreiten werden. Der Zuschuß für die Zeller'sche Krankenpflegeanstalt beträgt 2000 M. und für den Friedhof sind 1200 M. vorgegeben. Die Einnahmen aus Gewerbe, Handel und Verkehr belaufen sich auf 600 M. und die Ausgaben auf 650 M. Unter Landwirtschaft werden für die Fahrenhaltung 2300 M. und für den Feldschutz 4500 M. ausgegeben. Der 30%ige Beitrag zur Hagelversicherung ist mit 500 M. angenommen. Auf Straßen, Wege und Dohlen sind insgesamt 64 600 M. aufzuwenden, darunter auf die Bignalstraßenunterhaltung der Amtskörperschaft 8900 M., auf die Ortsstraßen 23 280 M., auf die Nachbarschaftsstraßen in Unterhaltung der Stadt 2000 M., auf die Kanäle 6000 M. und für allgemeine Regearbeiten 20 000 M. An Außerordentlichem sind noch eingestellt 8300 M., darunter Freigebigkeitsleistungen, also die Beiträge an Vereine usw. 1400 M. Neu ist hier ein Beitrag an den Arbeiterangehörigen von 80 M., wobei davon ausgegangen wird, daß sich der Verein auf Wunsch der Stadtverwaltung bei öffentlichen Anlässen, Begrübungen usw. wie der Lieder- und Sängerkranz zur Verfügung stellt. Unter dieser Position sind ferner 4000 M. enthalten für die elektr. Beleuchtung der städt. Gebäude und Straßen. Die Gesamteinnahmen betragen nunmehr 223 000 M. und die Ausgaben 332 000 M., somit Abmangel 109 000 M. Bei einer Umlage von 12% auf das Grund-, Gebäude und Gewerbesteuer von 660 000 M. bleiben rund 29 000 M. ungedeckt. Zu deren Deckung wären beinahe 5% weiter erforderlich. Ueber die Deckungsfrage entspinnt sich eine sehr lebhaft debattierte und es kam zum Ausdruck, daß es sich bei dem verhältnismäßig geringen Schuldenstand (im Frieden waren es etwa 350 000 M.) und nachdem die jetzige Generation nach dem verlorenen Krieg außerordentliches leisten müsse, es sich wohl rechtfertigen lasse, den Abmangel ganz oder teilweise durch Schuldaufnahme zu decken. Es wurde auch ernstlich gegenüber Reich und Staat davor gewarnt, den Gemeinden allmählich nicht mehr zu erzwingende Lasten aufzuladen. Durch den letztjährigen Schullastenausgleich sind der Stadt allein 100 000 M. Mehraufwand entstanden. Hierzu kommen die neuen Fürsorgelasten mit mindestens demselben Betrag. Alles Aufgaben, die ohne Zweifel dem Staat und dem Reich obliegen. Bei der wirtschaftlichen Depression fällt es dem Kollegium schwer, an eine Erhöhung heranugehen und da die Staatsaufstellung zunächst nur eine vorläufige ist, wird die endgültige Beschlussfassung über die Steuererhöhung zurückgestellt, bis der Abschluß der Rechnung 1925 einen genaueren Ueberblick ergibt und auch die wirtschaftliche Entwicklung und das künftige Gewerbesteuerkater klarer erkennbar ist. Zum Schluß wurde besagt, daß die hiesigen Gewerbetreibenden und Handwerksleute nicht mehr von den hiesigen Arbeitslosen einstellen und lieber auf Auswärtige zurückgreifen. Es sollte in dieser Richtung doch mehr Gemeinfin- n aufgebracht werden, zumal durch Einstellung hiesiger Arbeitsloser jeder Einzelne seine Steuerpflichtungen entlasten würde. Die Steuerzahler werden nunmehr auf gefordert im neuen Rechnungsjahr vom 1. April ab monatlich zunächst die gleichen Abschlagszahlungen zu leisten, die ihren bisherigen gesamten Steuerleistungen entsprechen. (Schluß über die Gemeinderatsitzung folgt).

Bei der Einzelförderung wurden bisher die Vorkasse für Landeskirchentag, Kirchenleitung, Pfarr- und Dekanatsstellen, sowie für Ausbildung der Geistlichen aneinhmät unter wertvollen Ansprüchen über die Ausbildung von Lehrern zu hauptamtlichen Pensionslehrern, über Ribesturle, Verwendung weiblicher Kräfte im Kirchen- und Gemeindedienst und über Theologenmangel und Studentenfeelsorge.

Der Herr Staatspräsident hat auf das Fortamt Freudenstadt Fortmeister Renner in Hirau, Alpirsbach Fortmeister Febr. v. Stein in Dietenheim, je ihrem Ansuchen entsprechend, auf das Fortamt Wülfersbach Fortmeister Bögele in Mönchsberg in seinem Einverständnis und auf die Oberförsterstelle Baiersbronnen den Oberförster Kempfer bei der Fortinspektorenstelle weiterverwiesen. Ferner die Oberförsterstelle Wölfsingen dem Fortassessor Lezker bei dem Fortamt Heusenbürg, Liebentell dem Fortassessor Moser beim Fortamt Ulm übertragen.

Generalversammlung des Vereinigten Lieder- und Sängerkranzes. Am Mittwoch Abend fand im Traubenalle die Generalversammlung des Vereinigten Lieder- und Sängerkranzes statt. In seiner Eröffnungsansprache brachte der Vorstand des Vereins, Herr Präzeptor Wieland, zum Ausdruck, daß der Verein mit Befriedigung auf das abgelassene Vereinsjahr zurückblicken dürfte. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen seien zwei harmonisch verlaufene Konzerte und ein Familienabend gestanden. Sehr betrübend für den Verein sei aber die Erkrankung des alleitig verehrten Dirigenten, des Herrn Oberlehrer Grieb, gewesen. Um so mehr freue man sich jetzt, daß seine Gesundheit einen verhältnismäßig guten Fortgang genommen habe. In Herrn Hauptlehrer Riicht habe man einen guten Stellvertreter gefunden, dem für seine unermüdbliche, treue und erfolgreiche Arbeit herzlichster Dank gesagt sei. Mit dem im Vorjahr gegründeten neuen Sängerein „Froschinn“ habe man in guter Nachbarschaft zusammengelobt.

Wünsche ihm von lange erhalten bl Tätigkeit, durch d habe, könne man man ihn durch schwere Arbeit er auch im neuen i diesem Gelübnis ge freundschaft zu treten. In dem dar führer, Herr Obbe und fleißig hat der Arbeit des Verei Mitglieder angen Der Kassenbeden „Sunn 712 M., Kassat und fleißig hat Gar Wolber, seine Arbeit geteil längst klar. W anstehende Ve endlich folgende Kaffengeschäfte, aktiven Mitglied einer), und diese forderung aller je sämtlichen Veran nimmt endlich Jäger, der da Sehr viel H Statistik des S in die Verhandl In erster maches ur Ep der Neuaufnahm und ein „Wai in Näch der Chormeister für das warme Vereins aus. Die mitunter wieder gezeigt, Ausdauer der V zu leiten versteht daher auch allsei würdig verlaufen

Der Markt dem Markt gew vielbeachteten Bi dagegen sehr stelle als Käufer. Ni wird über die Pl Schirme im Stur sonst unbede Geld gingen von Str Straßen aber zu Händen aber zu preisen erth, ha daß die augen greifenden Wi schon lange eingebonders anläß nehmen kann, d verkauft, ist es

Das Bol Protest geg Der Sparen Abänderung der stellt und die U des Innern ein Volkswirtschaftl Arbeiten der b maßgebend betei rign Juralische bis in die Einz Vorliegende der in der letzten Z das Volksrecht Sonntag nachm regierung beabsi in der Aufwerts geben hat die Profestkundgebun am Sonntag in nur des Sparen wünschen, daß wieder hergestellt gill der Beschric um Wieder Reihe sind die zahlreich besuch lung in Nagold



O nein So Büsing Annahmestel 875 Bistitenka

wünsche ihm von Herzen, daß er wohl auf und dem Verein noch lange erhalten bleiben möge. Den Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit, durch die er den Verein auf die jetzige Höhe gebracht habe, könne man aber nur dadurch zum Ausdruck bringen, daß man ihn durch treue Hingabe erweise und ihm dadurch die schwere Arbeit erleichtere. Dann werde das „Deutsche Lied“ auch im neuen Jahr wieder Gutes und Schönes bieten. Mit diesem Gelöbnis und dem Voratz, auch in Zukunft treue Sangesfreundschaft zu üben, wolle man ins neue Vereinsjahr eintreten.

In dem darauf folgenden Jahresbericht stellte der Schriftführer, Herr Oberamtsparafassier Ott, in eingehender, frischer und klarer Weise alle im vergangenen Jahr wieder der Kaffier, Herr Wolber, sein schweres Amt gerührt. Darüber, daß seine Arbeit geteilt werden müsse, war sich jedermann im Verein längst klar. Wie schwer das aber zu machen war, zeigte die anschließende Vereinerklärung. Zur allgemeinen Vereinerklärung wurde endlich folgende Lösung gefunden: Der Kaffier behält die reinen Kaffiergeschäfte, das Singen der Mitgliedsbeiträge bei den aktiven Mitgliedern besorgen vier Sänger (von jeder Stimme einer), und diese liefern die Beiträge an den Kaffier ab. Die Versorgung aller feierlichen Nebengeschäfte des Kaffiers, die mit sämtlichen Veranstaltungen des Vereins verbunden sind, übernimmt endlich in dankenswerter Weise Herr Malermeister Jäger, der damit auch gleichzeitig in den Ausschuss eintritt.

Sehr viel Beifall bringt die recht wertvolle „Sitzungsstatistik“ des Kassierers, Herrn Hauswirts Walter Breden, in die Verhandlungen.

In ernster und heiterer Rede und Gegende wird noch manches zur Sprache gebracht und beschlossen: Vereinfachung der Neuaufnahme eines Sängers, Ausflug nach Schramberg und ein „Mittagessen“ am nächsten Sonntagmorgen.

Im Anschluß an die Verhandlungen sprach dann noch der Gemeindevorstand, Herr Oberlehrer Grieb, seinen Dank für das warme Mitgefühl und das treue Verbundenheit des Vereins aus. Seine ersten Worte drangen zu aller Herzen.

Die mitunter schwierigen Verhandlungen haben aufs Neue wieder gezeigt, mit welcher klugen Umsicht und unermüdlicher Ausdauer der Vorstand, Herr Präzeptor Wieland, den Verein zu leiten versteht. Die Dankesworte für seine Tätigkeit fanden daher auch allseitigen Beifall. Das „Deutsche Lied“ schloß die würdig verlaufene Generalversammlung.

Vom Nagolder Markt.

„Der Mensch denkt, . . .“ So ist es auch gestern auf dem Markt gewesen, denn die Händler haben gedacht, einen vielbelichteten Vieh- und Schweinemarkt anzutreffen und haben dagegen feststellen müssen, daß ihrer bald mehr vertreten waren als Käufer. Nicht Jeder und Nichts des Jakob mit dem windlichen Zylinder, noch das Geschrei des „Fahle“, der seine Schirme im Sturm vorwärts des Nagoldeles vorführte, konnten das sonst kühle Geld der Marktbesucher ins Rollen bringen. Die Preise gingen von Stunde zu Stunde mit sich fendernden Sonnenstrahlen auch zusehends herunter und am Abend konnte man Händen aber auch ganze Aussteuer zu ungläubigen Spottpreisen erblicken, doch Qualität??? — Es wäre zu wünschen, daß die augenblicklich in Württemberg in so hohem Maße grassierenden Viehfluchen bald nachlassen würden, damit das schon lange eingedämmte Geschäftsleben in ländlichen Bezirken, besonders anlässlich von Märkten wieder einen Aufschwung nehmen kann, denn wenn der Bauer nichts absetzt und nichts verkauft, ist es auch in den Geschäften still und ruhig.

Das Volksbegehren des Sparerbundes.

Der Sparerbund hat nunmehr seinen Gesetzentwurf zur Abänderung der Aufwertungsgesetze vom Juli 1925 fertig gestellt und den Antrag auf Volksbegehren beim Reichsministerium des Innern eingereicht. Eine aus führenden Juristen und Volkswirtschaftlern zusammengesetzte Gesetzeskommission an deren Arbeiten der bekannte Oberlandesgerichtspräsident Dr. Best maßgebend beteiligt war, hat in monatelanger Arbeit die schwierigen juristischen und Volkswirtschaftlichen Fragen geklärt und bis in die Einzelheiten hinein in Gesetzesform gebracht. Der Vorsitzende der Gesetzeskommission Herr Prof. Bauer, der in der letzten Zeit in allen Teilen des Reichs Vorträge über das Volksbegehren des Sparerbundes gehalten hat, wird am Sonntag nachmittag auch in Nagold sprechen. Die Reichsregierung beabsichtigt durch ein Sondergesetz das Volksbegehren in der Aufwertungssache unmöglich zu machen. Dieses Vorgehen hat die Sparerverbände im ganzen Reich zu großen Protestkundgebungen veranlaßt. Auch die Versammlung, die am Sonntag in Nagold stattfinden wird, soll den Protest nicht nur des sparenden Volkes, sondern auch aller derer, welche wünschen, daß Recht und Gerechtigkeit, Treu und Glauben wieder hergestellt werden, zum Ausdruck bringen. Der Protest gilt der Beschränkung der Volksrechte in einer Frage, wo es sich um Wiederherstellung des Rechts handelt. Im ganzen Reich sind die Versammlungen des Sparerbundes überaus zahlreich besucht. Es ist zu wünschen, daß auch die Versammlung in Nagold am nächsten Sonntag aus Stadt und Land

recht zahlreich besucht werden wird, um so mehr als der Redner an der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe führend beteiligt war und im ganzen Reich als sachverständiger Redner geschätzt wird. (Näheres siehe Anzeigenteil).

Altensteig, 29. April. Gemeinderatsitzung vom 28. April;

am Abend der Vorsitzende und 11 Mitglieder, entschuldigt: Ackermann, Wieland und Kaltenbach. Genehmigung eines Stammholzverkaufs vom 23. April mit 1287 Fm. und einem Erlös von 35755 RM. = 125,4% der Lospreise. — Förster Klöble in Fünfbromm sucht um Verleihung nach Altensteig nach. Dem Gesuch kann, weil noch nicht spruchreif, zurzeit nicht stattgegeben werden. Tagegen soll seines 25jährigen Dienstpublikums in ebender Weise gedacht werden. — Die Vorberatung des Gemeindefausthalts 1926, die erfreulicher aber auch notwendigerweise diesmal rechtzeitig ermöglicht wurde, nahm geraume Zeit in Anspruch. Obwohl jede Position auf's schärfste unter die Lupe genommen und da und dort gestrichen wurde, zeigte der Voranschlag im Schlussergebnis ein Bild, das wie ein kalter Guß wirkte. Die entgeltliche Feststellung des Voranschlags auf Grund der heutigen Beschlüsse erfolgt in nächster Sitzung, wo auf dann Einzelheiten des Voranschlags veröffentlicht werden. Unter dem Eindruck dieser Voranschlags-ergebnisse wird für die nächsten Jahre eiserne Sparbarkeit die Losung sein müssen. — Auf den letzten, in der Postplatzfrage in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluß ist eine Antwort der Oberpostdirektion mit dem Ersuchen um nochmalige Stellungnahme eingelaufen. Die ziemlich heftige Aussprache brachte zwar Klarheit in den meisten Punkten, ohne jedoch die Sache selbst einen Schritt vorwärts zu bringen. Schließlich wurde ein als Antwort an die Oberpostdirektion gedachter Antrag Zimmermann mit folgendem Wortlaut: „Nachdem sich die Oberpostdirektion unter Umgehung des Gemeinderats für das Lindenprojekt entschieden hat, erübrigt es sich für den Gemeinderat, Wünsche in dieser Sache zu äußern. Im übrigen überläßt es der Gemeinderat dem Kronenwirt Zeitbörs, seine Ansprüche gegenüber der Oberpostdirektion selbst geltend zu machen“, mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Gegenantrag Walz, die Platzfrage zu Gunsten des Marktplatzprojekts endgültig zu entscheiden, dagegen eine Kommission zu bestellen, die auf gütlichem Weg die Rückabwicklung des Kronenwirts für Kronenwirt Zeitbörs zu einem angemessenen Kaufpreis herbeiführen soll, war damit abgelehnt.

Herrenberg, 28. April. Verurteilt.

Am Dienstag vormittag hatte sich die 18jährige ledige Dienstmagd Marie Rink von Gruol M. Haigerloch, z. Zt. in Untersuchungshaft im Amtsgerichtsgefängnis Herrenberg, wegen Kindstötung vor dem Tübinger Schwurgericht zu verantworten. Die Angeklagte hatte im Februar in Herrenberg, wo sie bei Verwandten im Dienst war, ihr lebend geborenes uneheliches Kind nebstlichen Geschlechts sofort nach der Geburt um den Leib gefaßt und seinen Kopf zweimal an die Bettlade geschlagen, sodas nach dem Sturz des Säuglings die Schädelsknochen zertrümmert wurde und der Tod sofort eintreten mußte. Sie legte es nachher in einen verlassenen Winkel, wo es nach einigen Tagen aufgefunden wurde. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte unter Zustimmung mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens. Auf diese Strafe wurde die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Calw, 29. April. Die Nikolauskapelle erhält einen neuen Schindul.

In den zwei äußeren großen Nischen, in denen seither zwei Apostelstatuen aufgestellt waren, die aber nun verwittert sind, werden zwei Figuren aufgestellt, die auf das frühere Gewerbe in Calw Bezug nehmen, nämlich ein stämmiger Rößler und ein Tuchmacher.

Freudenstadt, 30. April. Folgeschwerer Unglücksfall.

Am vergangenen Freitag fuhr der 33 Jahre alte Klavierpieler Karl Ellwanger von Stuttgart mit seinem Motorrad mit großer Geschwindigkeit in der Nähe von Palzarafensweiler in eine Stagenbiegung, die von oben schlecht zu übersehen war. Er überfuhr die Straße und stürzte dabei so unglücklich vom Rad, daß er mit verschiedenen schweren Knochenbrüchen und sonstigen inneren Verletzungen liegen blieb. Der Verletzte wurde ins Bezirkskrankenhaus verbracht. Seinen schweren Verletzungen ist Ellwanger gestern früh erlegen.

Freudenstadt, 29. April. Pferderennen.

Der Rennverein Freudenstadt hält im kommenden Sommer eine Leistungsprüfung ab. Bei diesem Anlaß ist die Einrichtung eines Wettkampfbüros genehmigt worden.

Letzte Nachrichten

Reise Hindenburgs nach Hannover.

Berlin, 30. April. Die Morgenblätter melden aus Hannover: Wie der hannoversche Kennereiner erfährt, wird der Reichspräsident dem Pferderennen in Hannover am 13. Mai beimohnen und die Preise an die Sieger verteilen. Der Reichspräsident rückt am 12. Mai in Hannover ein.

Graf Bernstorff, der Vertreter bei der Abrüstungskonferenz.

Berlin, 30. April. Wie das „Berliner Tagblatt“ mitteilt, ist jetzt die Bestimmung des demokratischen Reichstagsabgeordneten und deutschen Vorkämpfers in Washington, Graf Bernstorff, zum deutschen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz erfolgt.

tagsabgeordneten und deutschen Vorkämpfers in Washington, Graf Bernstorff, zum deutschen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz erfolgt.

Höschs Reise nach Berlin.

Berlin, 30. April. Wie das „Berliner Tagblatt“ erfährt, wird der deutsche Vorkämpfer in Paris, Dr. von Hösch, anfang nächste Woche in Berlin eintreffen, um sich mit der Reichsregierung über die Frage der Studientommission auseinanderzusetzen.

Zunahme des französischen Banknotenumschlages um 188 Millionen.

Paris, 30. April. Der heute veröffentlichte Wochenbericht der Bank von Frankreich weist einen Rückgang der Vorküffe an den Staat von 150 Millionen Franken auf, dagegen hat der Banknotenumschlag um 188 Millionen zugenommen.

Schangsolin dirigiert neue Truppen nach Peking.

Paris, 30. April. Die „D. A. Z.“ meldet aus Tientsin: Obwohl sich die Truppen Schangsolins bereit erklärt hatten, Peking zu räumen, marschieren immer neue Abteilungen auf Peking zu. Das 10. Korps Schangsolins in Stärke von 20 000 Mann hat Befehl erhalten, über Chin-Wang-Tao nach Peking zu rücken.

Der Kampf gegen die chinesische Nationalarmee.

Berlin, 30. April. Nach einer Meldung aus Peking sollen Schangsolin und Wupeiu einen Schienenstrang zwischen Haiqian und Peking in die Luft sprengen lassen um den Rückzug der Nationalarmee zu erschweren.

Massentod in den Fluten.

Berlin, 30. April. Wie die „D. A. Z.“ aus Riga meldet, ereignete sich am Donnerstag in der Nähe von Leningrad ein schweres Unglück. Der durch die Überschwemmung stark angeschwollene Fluß riß eine Rotbrücke in dem Augenblick ein, als sich zahlreiche Personen auf ihr befanden. 25-30 Personen sind ertrunken.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Berlin, 30. April. Wie die Morgenblätter aus Madrid melden, ist Donnerstag vormittag auf der Strecke Astorga Placentia ein nach Madrid fahrender Personenzug bei Herbas entgleist. 9 Reisende wurden getötet und 20 verletzt.

Handel und Volkswirtschaft

200 Millionen preussische Schahenweisungen. Die preussische Regierung beantragt beim Landtag die Ermächtigung zur Ausgabe von Schahenweisungen bis zu 200 Millionen Mark „zur Verstärkung der Betriebsmittel der Staatskasse“.

Festigung des japanischen Yen. Die japanische Regierung beabsichtigt, dem Yen ein festes Wechselverhältnis zu geben, und zwar 100 Yen gleich 45 Dollar (1.89 Mark d. Yen).

Feste Getreidepreise in der Tschechoslowakei. Der Volkswirtschaftsausschuss des tschechoslowakischen Senats hat mit 11 gegen 6 Stimmen die Einführung fester Agrarpreise beschlossen. Dafür stimmen auch die deutschen Parteien.

Ungarns Viehausfuhr nach Deutschland. Bei den Verhandlungen für den deutsch-ungarischen Handelsvertrag verlangte Ungarn eine weitgehende Begünstigung der ungarischen Viehausfuhr nach Deutschland, die aber von deutscher Seite vorerst abgelehnt wurde. Ungarn hat sich nun an Italien gewandt, dem es für die Viehausfuhr Vergünstigungen für industrielle Einfuhr gewähren wolle.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Chälen: ausgemästete Tiere 45-49, vollfleischige Tiere 33-44, fleischige Tiere 38-42, gering genährte Tiere 37-41. Röhre: ausgemästete Tiere 43-45, vollfleischige Tiere 38-42, fleischige Tiere 37-41, gering genährte Tiere 37-41.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.

Stuttgarter Viehmarkt, 29. April. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 9 Ochsen, 9 Bullen, 80 Jungbullen, 94 Jungrinder, 44 Röhre, 353 Kälber, 761 Schweine und eine Ziege. Davon blieben unverkauft 10 Jungbullen, 20 Jungrinder und 61 Schweine. Verlauf des Marktes: langsam.



Was-schon wieder ein neues Kleid?

O nein Schatz, nur das alte bei Büsing wie neu färben lassen. Annahmestelle: Frau Frida Stöckel, Nagold Marktstr. 204.

Käse billiger!

Deutsch-Holländer per 9 Pfd. M 4.20, Holst. Tafelkäse (Edamer Art) 9 4.40, Holst. Tilsiter (Delikatesskäse) 9 5.20, Deutsch Edamer (prima Qual.) 9 5.20, Alles frei Haus gegen Nachnahme. 1554 Otto Damske, Käsegroßhbl., Hamburg 21, a 50.



1 Paar schöne, starke Läufer Schweine verkauft am Samstag den 1. Mai 1929 Karl Kaiser, Oberjettingen. 1547



Samstag und Sonntag



Miehl Suppe im „Grünen Baum“.

Kaufet! Kochet! Kostet! Rahma-buttergleich MARGARINE

Gewerbeschule Nagold.

I. Schüleraufnahme.

Die neuereintretenden Gewerbe- und Handelslehrlinge haben sich am Montag, den 3. Mai, vormittags 8 Uhr, im Gewerbeschulhaus (Erdgeschoss) anzumelden. Auch diejenigen, welche nach ihrer Entlassung aus der Volks- oder Realschule nicht sofort in eine Lehre eintreten können, haben zur Anmeldung zu erscheinen. Ebenso sind von den Lehrherren die auswärtigen Lehrlinge, welche erst in den nächsten Tagen eintreten, anzumelden, damit bei der Klasseneinteilung auf die besonderen jeweiligen Wünsche Rücksicht genommen werden kann.

II. Prüfung der neuereintretenden Schüler.

Im Auftrag der Ministerialabteilung für die Fachschulen wird anschließend an die Aufnahme am Montag, den 3. Mai, vorm. 9-12 und nachm. 1/2-2 bis 3 Uhr eine kurze Prüfung der neuereintretenden Schüler durchgeführt werden. Hierzu haben diese Federhalter, Bleistift und Lineal mitzubringen.

III. Stundenplan für das Sommerhalbjahr 1926

(ab Dienstag, 4. Mai 1926).

- Ia Mittwoch 5-7, Donnerstag 7-12
- Ib Montag 8-12, Mittwoch 3-6
- Ic Dienstag 8-12, Mittwoch 1-4
- IIa Montag 1/2-8-12, Donnerstag 3-6 1/2
- IIb Dienstag 7-12, Freitag 7-10
- IIc Donnerstag 1-4 1/2, Freitag 1/2-8-12
- IIId Montag 7-12, Freitag 7-10
- IIIa Montag 4-7, Mittwoch 7-12
- IIIb Donnerstag 7-12, Freitag 4-7
- IIIc Montag 3-6 1/2, Mittwoch 1/2-8-12
- IIId Mittwoch 7-12, Donnerstag 3 1/2-6 1/2
- IVa Montag 1 1/2-5 1/2
- IVb Freitag 1 1/2-6
- IVc Dienstag 1 1/2-6

Handelsfachabteilung I Donnerstag 7-12

II/III Dienstag 7-12

Einheitskurzschrift Freitag 1/2-6 - 1/2-8

Anmeldungen hierzu bis spätestens Freitag, 7. Mai.

IV. Auszug aus den gesetzlichen Bestimmungen betr. Schulbesuch

(Gesetz betr. die Gewerbe- und Handelsschulen vom 22. Juli 1906 und Volksschulgesetz vom 22. Juli 1906)

1. Art. 2: Zum Besuch der Gewerbeschule sind sämtliche in Nagold in gewerblichen und kaufmännischen Berufen beschäftigten männlichen Arbeiter unter 18 Jahren 3 Jahre lang verpflichtet. Vollendet ein Schulpflichtiger das 18. Lebensjahr im Laufe eines Schuljahres, so hat er die Schule bis zum Schluss dieses Schuljahres zu besuchen.

Bem.: Der Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule befreit nicht von dem der Gewerbeschule.

2. Art. 15: Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet:

- 1. ihre zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichteten Arbeiter spätestens am 4. Tag nach ihrem Eintritt beim Schulleiter schriftlich anzumelden und in gleicher Weise spätestens am 4. Tag nach dem Austritt abzumelden,
- 2. ihnen die zu einem geordneten Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zu pünktlichem und regelmäßigem Schulbesuch anzuhalten und diesen zu überwachen.

Die Vorschrift der Ziffer 2 des Abs. 1 findet auch auf die Eltern und Vormünder der Schulpflichtigen Anwendung.

3. § 13 der Volksschulgesetz: Die Schüler dürfen den Unterricht ohne dringenden Grund weder ganz noch teilweise versäumen.

Ist ein Schüler durch Krankheit am Besuch des Unterrichts verhindert, so liegt es dem Gewerbeunternehmer, bei dem er beschäftigt ist, und, wenn er nicht in Arbeit steht, den Eltern oder dem Vormund ob, ihn bei seinem Wiedereintritt in der Schule, oder, falls die Krankheit sich über 2 Schultage hinaus erstreckt, spätestens auf den 2. Schultag beim Schulleiter oder Klassenlehrer schriftlich zu entschuldigen.

Soll ein Schüler aus dringenden Gründen vorübergehend vom Besuch der Schule entbunden werden, so ist dem Schulleiter oder Klassenlehrer vorher, wenn möglich durch Vermittlung des Schülers selbst, ein schriftliches Befreiungsgesuch vorzulegen, das von dem Gewerbeunternehmer, zutreffendfalls von den Eltern oder dem Vormund auszugehen hat. Das Gesuch muß so begründet sein, daß ohne weiteres beurteilt werden kann, ob die Beurlaubung des Schülers zulässig ist. Geschäftliche Inanspruchnahme kann nur in Nothfällen, auswärtige Arbeit nur dann als ausreichender Entschuldigungsgrund angesehen werden, wenn der Schüler durch den Besuch der Schule mehr als einen halben Tag an der Arbeit versäumen würde.

4. § 22 der Bekanntmachung des Gewerbe-Oberlehrers vom 14. Februar 1909: Hat ein Schüler im Unterricht gefehlt, so ist erforderlichenfalls dafür zu sorgen, daß er das Versäumte, namentlich schriftliche und zeichnerische Arbeiten, sobald als möglich in der Schule nachholt.

Nagold, 30. April 1926. 1541

Der Vorsitzende des Gewerbeoberlehrers: Der Schulleiter: Stadtschultheiß Maier. Gewerbeschulrat Ventelpacher.

Komme auf den Wildberger Markt mit Schuhwaren. Galster, Altensteig. 1556

Sehe eine 30 Wochen trachtige 1522



Kalbin am Samstag, d. 1. Mai, mittags 1 Uhr dem Verkauf aus. Kathr. Widmayer Wildberg.

Gesunde Mostzibeben große Frucht empfiehlt Friedrich Schilttenhelm. 1445

Anzeigen für die Samstag-Nummer wollen sofort aufgegeben werden

Beihingen. Verkauft Samstag, den 1. Mai, mittags 2 Uhr

2 Bienenwölker

1 gr. Posten verschiedener

Retten. Kühle, Schmied. 1523

Klavierstimmer und Techniker der Firma Pfeiffer, Stuttgart, kommt nächste Woche nach Nagold. 1553

Aufträge sind an die Geschäftsst. d. Bl. zu übermitteln.

la Bayer. Emmentaler Käse la Limburger Käse (Breite neuerdings wieder ermäßigt) 1506

la Wachter Romadour empfehlen aus frischen Sendungen

Berg & Schmid.

Es gibt ihn wieder, Gott sei Dank, Den altbewährten „Schraderfrank!“



Da rechnet heut mit jedem Koller, Brom Schmecktrank in deinen Koller! Zu haben in Packungen für: 30 Liter 100 Liter 150 Liter M. 1.80 3.50 5.25 Fast überall erhältlich. Mostanatz-Fabrik Hugo Schrader vorm. J. Schrader Feuerbach-Stuttgart.

Für jüngeren, soliden Herrn wird sommerliches, schön gelegenes

möbliertes Zimmer für sofort gesucht.

Ausführliche Angebote unter No. 1600 an die Geschäftsst. d. Bl.

PERFLOR ist besser



Warum besser? Schon lange war es das Bestreben der Seifenindustrie, der milden Seifenflode die Waschkraft und Bleichkraft der selbsttätigen Waschmittel zu geben und die Nachteile dieser, die große Schärfe, zu vermeiden. Perflor-Seifenflode als einzige hat dieses Ziel erreicht. Perflor, Flammer's D.R.P., ist damit das einzige milde, selbsttätige Waschmittel. Ohne Löcher in die Wäsche zu freffen oder irgendwie zu schädigen, allein durch nur 1/4 stündiges Kochen gibt Perflor ohne lästiges Reiben schmerzlose, fleckenlose Wäsche. Rufen Sie die Vorteile dieser neuen großen Erfindung aus. Preis: Paket 45 Pfg.

Blusen- und Kleider-Stoffe

das Neueste für Frühjahr und Sommer

Baumwollmuslin das Meter von Mk. -.80 an	
Baumwollcrepe	= = = 1.60 =
Wollmuslin	= = = 2.50 =
Wollcrepe	= = = 3.- =

Christian Schwarz 1467 Bahnhofstraße

Nagold. Sämtliche Aussteuer-Artikel

Bettbarchente in allen Farben
Bettlamaste weiß und farbig
Bettzeuge, Satin Augusta
Halbleine in schmal u. breit fertig, Haipfel u. Kissen
Ferner kaufen Sie
Bettfedern u. Flaum gut und billig bei
Gottlieb Schwarz 1504 Herrenbergerstr.

Ehhausen, den 29. April 1926. 1532

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Gatten, unseren guten Vater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager
Eberhard Schöttle
Schuhmachermeister
heute früh 5 Uhr im Alter von 75 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karoline Schöttle geb. Gauß.
Beerdigung: Samstag mittags 2 Uhr.

Emmingen, den 29. April 1926. 1546

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen Bruders und
Georg Friedrich Martini
Zimmermann
erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pastors, die ehrenvolle Begleitung der beiden Kriegervereine von hier und Pirndorf, den erhebenden Gesang des Liederkranzes, sowie für die zahlreiche Beileidbegleitung von hier und auswärts, wird auf diesem Wege herzlich Dank gesagt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ein erstklassiges 1503

Zuchtrind

verkauft Walz, Schmied, Emmingen.

Ein kräftigeres und ein leichteres Stück
Jungvieh, sowie einen leichteren und einen kräftigeren
Leiterwagen
verkauft. Auskunft erteilt
Bürkle, zum Röhle 1555 Gündringen
Gesangbücher von G. W. Zaiser

1288 Etwas Gutes für Haare u. Haarboden ist echtes Brennessel-Haarwasser mit den 3 Brennesseln Bökle Wwe., Friseurgeschäft, Apotheke Wildberg.

1206 Bürgerpartei Zusammenkunft findet heute nicht statt. Heute keine Singstunde.

Am
Mit der
Seier
Mon
e r f
Der
gestritten
Telegramm
Ar. 100
Der med
Antrag ange
Auf der
Deutschland
schafter in W
In Kien
A. Wilhelm
führt worden
Pol
An der
jellos der B
im Artikel 2
friedlichen
reren dritter
endere Teil
zu Neutr
gegebenen
lands eigene
also hier ein
Dasfelbe lieg
p all. Es
wäre also un
Aber Locar
Die Russen
klärung des
zu einander.
Deutschland
Moskau miß
daß es nicht
Aber au
und Warscha
recht ist, das
miteinander
geben, daß
Bertrag mü
kommener U
wir den Ein
aut wie der
Diesmal ha
Ränkepiel
Den Haupt
mandtheit d
Die Frie
erschlagen.
Spaniern an
gen“ (s. B
Punkte des
sanden hab
berechtigte
„Vorbeding
genau, daß
nis hat. U
und die sa
muhammed
geht, werde
entgegenkom
Abd el Kri
Anzwich
le v é ein
ist noch nie
läßt sich he
keine Rede
Frankreichs
kommen ge
h e r mit
willige Ber
in den Kol
Ordnung de
Frankreich
aller wasser
fertige Mot
wird um 2
bevorstehen
sagen wird
In Be
Der alte
druck, hat j
es fällt ihn
stand“ zurü
troatischen
feinen Pa
w i t f a, de
nimmi er
plaudert ha
minister w
artikeln, P
den ö f t e
gewesen, ha
holt wurde
hielte, aber
Bon Gr
man nachg
fürchterlich
Parlament